

„Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut“

Zu Deutungs- und Handlungsmustern von Teilnehmenden der *Fridays for Future*-Proteste

Nico Steinmann

Beitrag zur Veranstaltung »Jugend in Bewegung. (Un)Sichtbarkeiten in gesellschaftlichen Transformationsprozessen« der Sektion Jugendsoziologie

Fridays for Future – Eine ‚junge‘ Bewegung

„Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut!“ Dieser Protestruf begleitet(e)¹ freitägliche Demonstrationen in deutschen Städten. Die Rufenden fordern, angesichts einer (drohenden) ‚Klimakrise‘, eine stärkere Berücksichtigung von Fragen des Umwelt- und Klimaschutzes. Als Geburtsstunde der Demonstrationen gilt der Schulstreik der schwedischen Schülerin Greta Thunberg, den sie am 20. August 2018 begann und zunächst täglich, später wöchentlich freitags vollzog. Darauf beziehend haben sich weltweit Demonstrationen entwickelt, die medial, gesellschaftlich und politisch breit thematisiert wurden und werden.

Wie bei vielen neuen Phänomenen ist die Daten- und Erkenntnislage für die *Fridays for Future*-Proteste (noch) gering. Die Veröffentlichungen sind bisher überwiegend quantitativ-statistische Erhebungen (vgl. etwa Koos 2019; Koos, Naumann 2019; Koos, Lauth 2019; de Moor et al. 2020), wobei eine Untersuchung des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung (ipb) die für den deutschsprachigen Raum wohl umfangreichste darstellt (vgl. Sommer et al. 2019).² Diese ist in eine internationale Befra-

¹ Zum Zeitpunkt der Bearbeitung des Beitrags finden aufgrund von SARS-CoV-2 keine physischen Demonstrationen statt.

² Die Untersuchungsergebnisse, auf die im Rahmen dieses Beitrags Bezug genommen wird, lagen zunächst in Form eines Arbeitspapiers vor. Im Oktober 2020 erschien schließlich ein Sammelband zu *Fridays for Future* (Haunss, Sommer 2020), in dem unterschiedliche Perspektiven (u.a. zur Organisationspraxis, den Herausforderungen von *Fridays for Future*) auf die Protestbewegung dargelegt werden. Das Arbeitspapier markiert dabei den Ausgangspunkt des Buches (vgl. Haunss et al. 2020, S. 8). Ergänzt werden die darin u.a. diskutierten statistischen Daten durch eine weitere Erhebung, die im November 2019 stattfand (vgl. Sommer et al. 2020) sowie durch empirische Studienergebnisse, die im Rahmen einer Befragung von Protestierenden im September 2019 generiert wurden (vgl. Neuber, Gardner 2020). Der Sammelband bein-

gung von neun Länderteams eingebettet (u.a. Schweden, Niederlande) und eröffnet so, neben einer nationalen auch eine internationale (Vergleichs-)Perspektive (vgl. Wahlström et al. 2019).

Die vorrangig und im Vergleich zu anderen Demonstrationen jungen Teilnehmenden³ fordern die langfristige Sicherung ihrer Zukunft und schreiben regierenden politischen Akteur*innen zu, dass diese selbst gesteckte Klimaziele nicht erreichen können bzw. dies auch nicht wollen. Die Demonstrationen werden als eine Möglichkeit verstanden, Politiker*innen zum Handeln zu bewegen (vgl. Sommer et al. 2019). Die Schuld am Klimawandel wird von den Protestierenden zwei Kategorien zugeschrieben: Dem individuellen Handeln und dem Lebensstil des Individuums auf der einen Seite sowie der Politik, aber auch der Wirtschaft und Industrie auf der anderen Seite (vgl. Sommer et al. 2019, S. 15f; vgl. auch Sommer et al. 2020, S. 34f). Als Lösungsmöglichkeiten werden neben allgemeinen Forderungen z.B. nach mehr Bildung, auch konkrete Maßnahmen benannt: Auf individueller Ebene beispielsweise eine Verringerung des Fleisch- und Plastikkonsums und eine Veränderung der genutzten Fortbewegungsmittel sowie auf politischer Ebene der Kohleausstieg und die Erschwerung von Massentierhaltung (vgl. Sommer et al. 2019., S. 16f., 2020, S. 35f.).

Die Ergebnisse berühren sowohl die Motive der Teilnehmenden als auch die zugrundeliegenden Deutungsmuster. Der Erhebungsmethode eines von geschlossenen Antwortkategorien geprägten, standardisierten Fragebogens, verbunden mit der Bitte die zentralen (Teilnahme-)Motive „kurz“ (Sommer et. al 2019, S. 15), sowie die Frage nach der Schuld am und mögliche Lösungen angesichts des Klimawandels in offener Form schriftlich darzulegen, ist inhärent, dass eine tiefgreifende Verknüpfung dieser Aspekte nur schwer möglich ist und sich das Relevanzsystem der Befragten in geringerem Maße entfalten kann. Hieran schließt der vorliegende Beitrag an und widmet sich den Fragen (a) welche Motive für die Teilnehmenden der Demonstrationen handlungsleitend sind und (b) welches Handlungsproblem konstruiert wird und wie dieses von wem gelöst werden kann und soll. Plakativ gesprochen handelt es sich um die Spezifikation der Fragen, warum, in welcher Weise und mit welchem Ziel die Teilnehmenden „hier“ und „laut“ sind.

Die hier vorgestellten Ergebnisse beruhen auf zwei Gruppen- und drei Einzelinterviews mit insgesamt acht Teilnehmenden, die durch Kontakte während Feldaufenthalten, wie auch durch WhatsApp-Chats einiger Ortsgruppen generiert werden konnten. Neben dem Verfolgen der Chats fanden zudem mehrere Feldaufenthalte bei Demonstrationen und Veranstaltungen der Bewegung statt. Darunter befand sich auch ein mehrtägiger Sommerkongress, der neben der Möglichkeit der persönlichen Kontaktaufnahme zur Gewinnung von Interviewpartner*innen die Gelegenheit bot, Diskussionsformate der Bewegung zu erkunden, sowie die Vorbereitung der Teilnehmenden auf eine stattfindende Demonstration in den Blick zu nehmen. Die Datenerhebung erfolgte im Sommer 2019 in unterschiedlichen Städten Nordrhein-Westfalens. Für die Auswertung wurde maßgeblich auf den Forschungsstil der Grounded Theory (vgl. Strauss, Corbin 1996) zurückgegriffen, da diesem eine Fokussierung auf Handlungs- und Interaktionsstrategien inhärent ist.

hält neben Beiträgen, die sich auf quantitativ-statistische Daten stützen auch solche, die sich eher dem qualitativen Forschungsparadigma zuordnen lassen (vgl. etwa Rucht, Rink 2020).

³ In den Daten des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung zeigte sich, dass etwa die Hälfte der Protestierenden unter 20 Jahre alt ist (vgl. Sommer et al. 2019, S. 11), wobei sich bei der Erhebung im November 2019 zeigte, dass der Anteil junger Menschen sank. Dort machte die Gruppe der unter 20-Jährigen nur noch 16,2% aus. Auch mit dieser älteren Altersstruktur handelt es sich um eine vergleichsweise junge Bewegung (vgl. Sommer et al. 2020, S. 27f.).

Empirische Analysen: Schuld an und Lösungsansätze angesichts der Klimakrise

„Wir wollen nicht demonstrieren, wir müssen“ – Das Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Klimahandeln

Die Kapitelüberschrift ist Teil einer Interviewantwort auf die Frage, was eine typische Demonstration ausmacht. Sie repräsentiert das zentrale Spannungsfeld, das zum Motiv für die, als unausweichlich erachtete, Teilnahme an den Demonstrationen wird. Auf der einen Seite befindet sich die Bedrohung der Zukunft – begründet über den Bezug auf wissenschaftliche Arbeiten, aber auch auf medial oder selbst wahrgenommene Umweltphänomene. *Fridays for Future* wird dabei als Medium verstanden, um die als legitim (vgl. Hitzler 1994) gerahmten Erkenntnisse von Wissenschaftler*innen publik zu machen und den von diesen eingeforderten Maßnahmen Aufmerksamkeit zu verschaffen.

„ich würde halt schon sagen das für mich *Fridays for Future* so ein bisschen die Stimme oder das Sprachrohr des () Wissenschaft ist weil es wir ja auch ganz oft gesagt wir sind wir haben das nicht studiert wir wissen nicht so viel darüber aber die Wissenschaftler sagen das schon seit Jahren das wir was tun müssen und die müssen gehört werden und es ist halt unsere Zukunft die wir bewahren müssen“ (Interview Clementine, Z. 288–294).

Hier wird deutlich, dass die eigene Wahrnehmung und die darauf aufbauenden Forderungen sich auf wissenschaftliche Daten und Aussagen beziehen. Als ein weiteres Motiv für die Teilnahme wird das eigene Alter angesprochen. Denn die zu befürchtenden Konsequenzen der Klimakrise bedrohen für die Teilnehmenden die unmittelbare und für sie erlebbare Zukunft. An mehreren Stellen finden sich neben dem Bezug auf wissenschaftliche Erkenntnisse explizite Verweise auf Folgen der Klimaveränderungen (beispielsweise das Tauen des Permafrostbodens in Russland oder die (selbst) erlebte Luftverschmutzung während eines Auslandsaufenthalts), die das Motiv sich *Fridays for Future* anzuschließen verstärkt haben. Insgesamt sind in der Betrachtung für die Bedrohung der Zukunft drei Perspektiven miteinander verflochten: eine Globale (Klimaveränderungen haben destrukturierenden Einfluss auf Lebensbedingungen auf der gesamten Welt), eine Zeitliche (der Einfluss auf die Lebensbedingungen und die Intensität der Veränderung findet geographisch betrachtet nicht zeitgleich statt) und eine Existenziale (bis hin zu einer Unmöglichkeit des Lebens).

Auf der anderen Seite des Spannungsfeldes findet sich die als nicht ausreichend wahrgenommene Berücksichtigung von Umweltschutz im alltäglichen Handeln und die fehlende Relevanzsetzung des Themas durch Privatpersonen, sowie politische und wirtschaftliche Akteur*innen. Diese mangelnde Berücksichtigung verstärkt die Zukunftssorgen, da der momentan zur Verfügung stehende Handlungszeitraum zur Beeinflussung der Folgen des Klimawandels, aus Perspektive der Teilnehmenden, zu verstreichen droht. Aus dieser Spannung heraus entwickelt sich dann der Handlungsdruck „demonstrieren zu müssen“ und auf den Klimawandel und seine Folgen aufmerksam zu machen. Dies wird im Besonderen im politischen Kontext betont, in dem ein Bedeutungsverlust des Themas beobachtet werden könne. So sei beispielsweise von einer ‚Klimakanzlerin‘ Angela Merkel, wie sie in den ersten Jahren ihrer Amtszeit genannt wurde, aktuell nicht viel übriggeblieben und der deutschen Politik ein klimapolitisches ‚Versagen‘ zu attestieren (vgl. Interview Clementine, Z. 6–10, Interview Blaubeere, TT1, Z. 2–4).

„Die machen das doch nur, weil die dann schulfrei haben“ – Die Frage der ‚Ernsthaftigkeit‘

In den Daten zeigt sich zudem als Motiv eine gewisse Ernsthaftigkeit und zwar in zweierlei Hinsicht: Zum einen geht es den Protestierenden darum, dass wissenschaftliche Erkenntnisse zum Klimawandel und den Folgen eines sich verändernden Klimas ernst genommen werden und daher konkrete Maßnahmen ergriffen werden sollen. Zum anderen wünschen sich die Teilnehmenden, dass sie selbst und ihre Zukunftssorgen ernst genommen werden. Dieser Aspekt hängt eng mit der Kritik zusammen, die den Teilnehmenden gegenüber entweder direkt oder medial vermittelt entgegenschlägt.

„ich finde besonders wichtig das wir die Leute sind die dann noch leben wenn das relevant ist das finde ich besonders wichtig [...] @das steht halt total im Vordergrund@ das die Menschen die an der Macht sind alle denen ist das nicht so wichtig wie uns weil wir sind wirklich halt diejenigen die es direkt betrifft und ich finde es so wichtig halt ernst genommen zu werden“ (Interview Ananas, TT 2, Z. 2–6).

Das Nicht-Ernst-Nehmen, bis hin zu Abwertungen⁴, durch „Menschen die an der Macht sind“, lässt sich als eine erklärende Teilmenge der zweiten Seite des Spannungsfeldes verstehen. Der Aspekt des ‚Ernstnehmens‘ ist in der Auseinandersetzung mit der Bewegung und einem wie auch immer gearteten Bewegungs-Außen steter und relevanter Bezugsrahmen. So zeigt sich im Vorwurf, dass die Teilnehmenden lediglich protestieren, da sie „dann schulfrei haben“ (Interview Ananas, TT 6, Z. 21) ein Spannungsfeld von selbstveranschlagtem ernsthaftem Engagement und zugeschriebener Erlebnisorientierung. Dem Vorwurf folgend wird den Protestierenden unterstellt, sie wollten lediglich einen Schulbesuch verhindern und dafür einen Grund vorweisen können. Das Protestthema sei demgegenüber nachrangig. Die Interviewten hingegen wollen ihr Anliegen ernsthaft verstanden wissen und ihnen erscheint hierzu beispielsweise die Protestform des ‚Schulstreiks‘ als ein probates, da aufmerksamkeitsgenerierendes, Mittel.

Bei dem skizzierten Spannungsfeld handelt es sich keineswegs um ein neues Phänomen. Vielmehr ist es eines, das der Lebensphase ‚Jugend‘ in seiner gesellschaftlichen Konstruktion inhärent ist und das aus den beiden Polen des ‚psychosozialen Entwicklungsfreiraums‘ einerseits und den Sozialisations- und Erziehungseinflüssen, die Jugendliche auf den Übergang ins Erwachsenenalter vorbereiten sollen, andererseits gebildet wird. Klaus Jürgen Scherer (1988, S. 17) begreift infolgedessen die Jugendphase als geprägt von zwei entgegenlaufenden Prozessen und schreibt: „Zum einen ist Jugend Objekt von Sozialisierungseinflüssen; es geht um die Frage, wie sich die junge Generation in die Gesellschaft einfügt. Zum anderen ist Jugend aktiver Faktor sozialen Wandels; es geht darum, dass die junge Generation, die in die Gesellschaft eintritt diese nach ihren Vorstellungen umzugestalten versucht.“ Paul Eisewicht (2019) kommt hinsichtlich des Zusammenhangs von Politik und Jugend zu dem Schluss, dass nicht nur jedes Jugendphänomen zwischen diesen beiden Polen verhandelt wird, sondern dass diese auch den Blick auf das politische Engagement Jugendlicher prägen: „als erwünscht, innovativ, gesellschaftlich nützlich bzw. als problematisiert, bekämpft, gefährdend“ (Eisewicht 2019, S. 6).

⁴ Während der Feldphasen wurde mehrfach auf die „Profi“-Aussage Christian Lindners Bezug genommen, die den Protestierenden Kompetenz (vgl. Pfadenhauer 2010) im Sinne der Zuständigkeit, aber auch hinsichtlich der Wissensbestände und Fähigkeiten, abspricht.

„Climate Justice“ – Verantwortung für anthropogene Klimaveränderungen

Eng gekoppelt an die Erörterung von Lösungswegen drängt sich die Frage nach der ‚Schuld‘ an der Klimakrise auf. Beides wird von den Protestierenden auf drei Ebenen diskutiert: Neben der Ebene der Nationalstaaten bzw. der der politischen Akteur*innen im Allgemeinen werden auch (Wirtschafts-)Unternehmen und das einzelne Individuum adressiert. In Bezug auf politische Akteur*innen wird dabei in den Interviews zuvorderst auf kommunale Politik, wie auch auf (Landes- und) Bundespolitik, Bezug genommen, seltener auf internationale Organisationen wie die UN. Eine Beobachtung, die sich in eine größere Entwicklung einbetten lässt: So stellt Achim Brunnengräber 2013 heraus, dass es bei der Adressierung der Lösungsfähigkeit durch die Klimabewegung vermehrt zu einer Verschiebung hin zu einer (Re-)Nationalisierung kommt (vgl. Brunnengräber 2013, S. 360, 369).

Eine zentrale Rolle spielt in der Auseinandersetzung mit *Fridays for Future* das Konzept der ‚Klimagerechtigkeit‘ (bzw. ‚Climate Justice‘). Hinter dem Begriff verbergen sich eine Vielzahl von unterschiedlichen Deutungen und Konzeptionen, die zum Teil miteinander in Konflikt stehen (vgl. De Lucia 2013, S. 107; Tokar 2013, S. 209; Dietz 2013, S. 399f.). Bei den Teilnehmenden der *Fridays for Future* Proteste findet der Begriff zumeist in einer weniger radikalen Form (bezogen auf gesellschaftliche bzw. ökonomische Systemkritik) Verwendung und bildet eine zentrale Säule der Motive, Forderungen und Lösungswege. Adressiert werden dabei, ganz entsprechend Brunnengräbers (2013) These, stärker Nationalstaaten denn Organisationen internationaler Staatengemeinschaften, v.a. Staaten des globalen Nordens, die mehr zur Lösung der Klimakrise beitragen müssten. Dies nicht nur in (finanzieller) Unterstützung von Entwicklungsländern, sondern auch in einer Reduktion des allgemeinen Konsums und des eigenen CO₂-Ausstoßes. Letzteres soll durch eine Beendigung der Energiegewinnung durch Kohleverbrennung im Besonderen und fossiler Energieträger im Allgemeinen erreicht werden. Das Konzept der Klimagerechtigkeit lässt sich nicht nur auf (staats-)politischer Ebene vorfinden, sondern auch auf lokaler Ebene nachzeichnen (vgl. zu lokalen Klimagerechtigkeitsdeutungen etwa Müller 2014, 2017). Dabei soll den Befragten zufolge ein erhöhter Beitrag zur Lösung der Klimakrise vorrangig von vermögenden Personen und Unternehmen geleistet werden. Soziale Indikatoren, wie das Einkommen, werden durch die Teilnehmenden in Beziehung zu einem umwelt- und klimaschädlicheren Handeln gesetzt und die Frage der Lösung der Klimakrise wird so in enger Beziehung zur Sozialen Frage gesehen (vgl. auch Koos, Lauth 2019, S. 8).

„das kann man ja auch ganz gut auf ähm auf Deutschland übertragen wenn man wenn man guckt das es das dann ähm das es Menschen gibt die wirklich super viel Geld haben und die das Geld dann auch ausgeben und deren ähm deren Konsum hat dann eindeutig stärkeren Einfluss auf die Klimakrise als ähm als der Konsum von einer Familie die vielleicht von Hartz vier lebt und ähm mir persönlich ist es auch wichtig ich finde es ist wenn es ähm politische (.) Entscheidungen gibt das das die Entscheidungen auch ähm für Menschen aus einkommensschwachen äh aus einkommensschwachen Strukturen auch verträglich [...] für alle verträglich sind und das es nicht nur die Menschen benachteiligt die die jetzt schon weniger haben“ (Interview Erdbeere, TT 6, Z. 26–35).

Verfügbare monetäre Mittel und im Besonderen deren Verwendung wird hier zum Gradmesser des Konsumverhaltens und infolgedessen der Verantwortlichkeit für die Klimakrise. Global, wie auch für die deutsche Gesellschaft, wird postuliert, dass alle Menschen bei der Lösungsfindung, v.a. hinsichtlich ihrer finanziellen Ressourcen, berücksichtigt werden müssen. Expliziert wird dies insofern, als dass

politische Maßnahmen keine unzumutbare Mehrbelastung von einkommensschwachen Personen darstellen sollen. Daraus ergibt sich, in Zusammenspiel mit der Dringlichkeit von klimaschützendem Handeln, dass entstehende Kosten vor allem von finanzstarken Personen getragen werden sollten.

„ich glaube auch man muss es ein bisschen abwägen zum Beispiel wenn man jetzt sagt ähm alle möglichen Lebensmittel müssen teuer oder [...] die weiter herkommen müssen teurer gemacht werden (.) da sagt dann die arme Familie die (.) noch in unter der Armutsgrenze lebt so ja wir können es uns jetzt schon fast nicht mehr leisten wie sollen wir das dann später machen das heißt (.) man muss die Leute unterstützen die Hilfe brauchen dabei auch den Wechsel hinzukriegen (.) und man muss die Leute die ei- sich einfach nicht drum jucken ne muss man aufwecken und sie sie schon fast dazu zwingen mehr zu machen also: reiche Menschen reiche Unternehmen die sind es die man kriegen muss und nicht die armen [...] die muss man erstmal nicht anpacken sondern erstmal die die wirklich es verursacht haben“ (Interview Clementine, Z. 1281–1292).

Hier tritt nun stärker der Gedanke hervor, dass ein Verursacherprinzip greifen sollte. Diejenigen, die Verursacher*innen des Klimawandels sind, sollen auch für die Kosten aufkommen. Gleichzeitig wird die Aussage getroffen, dass reiche Menschen und Unternehmen sich nicht ausreichend für Aspekte des Klimaschutzes interessieren und dass es hier einen (politisch erzeugten) Zwang geben müsse, diese zu stärker klimaschützendem Handeln zu bewegen. Eine nachhaltige Handlungsdispositionsänderung erscheint aus eigener Kraft und freiwillig als unwahrscheinlich. In der Äußerung zeigt sich die Notwendigkeit der Unterstützung derjenigen, die einen „Wechsel“ bisher noch nicht vollziehen konnten. Als problematisch wird die Frage der Finanzierung dargestellt, die das eigene Handeln, trotz Änderung der Handlungsdisposition, limitiert. Letztlich wird deutlich, dass politische Lösungen erforderlich sind, um eine Antwort auf den Klimawandel zu geben: Zum einen solche, die Menschen dazu zwingen „mehr zu machen“ (insbesondere wohlhabende Personen und Unternehmen) und zum anderen solche, die Möglichkeiten schaffen, veränderte Handlungsdispositionen auch umzusetzen. Damit wird ein weiteres Spannungsfeld umrissen: die Adressaten der Proteste und die Rolle der Politik. Unumstritten ist dabei, dass politische Lösungen als unabdingbar verhandelt werden.

„die Veränderung also man kann privat einiges verändern aber ich glaube also ich ich bin der Meinung das eigentlich die Veränderung von der Politik kommen muss das die Politik Gesetze machen muss die das gar nicht zulassen das man die Umwelt verschmutzt das man gar nicht die das gar nicht zulassen das es äh das es zur Klimakrise kommt [...] das ähm das ist dann das es dann einfach dann zu dem Wandel kommt und ähm das die Politik den Wandel erzwingt weil es so einfach viel zu langsam voran geht“ (Interview Erdbeere, TT 4, Z. 6–24).

Die Idee, Handlungsänderungen allein den Individuen zu überlassen, wird zumeist abgelehnt. Überwiegend findet sich die Deutung, dass politische Vorgaben und Anreize gesetzt werden müssen. Es wird nicht darauf gesetzt, dass sich ein solcher Wandel bei Unternehmen und Einzelpersonen schnell, umfassend und zur Zielerreichung ausreichend vollzieht. Gänzlich abgesprochen wird ihnen die Fähigkeit der Veränderung von Handlungsmustern jedoch nicht. Die Umsetzung geschehe lediglich zu langsam. Dass ein Wandel ‚erzungen‘ werden soll, verweist darauf, dass Widerstände existieren, die es zu überwinden gilt. Als widerständig werden dabei sowohl Alltagsakteur*innen als auch Politiker*innen wahrgenommen. Über Alltagsakteur*innen wird dabei eine Form der Widerständigkeit berichtet, die

bereits bei der Wahrnehmung der Proteste beginnt. So sei zu beobachten gewesen, dass manche Personen zwischen „dreißig vierzig ungefähr“ (Interview Drachenfrucht, Z. 435) an den (Protest-)Aktionen vorbeigehen und diese und die dort gezeigten Plakate nicht einmal ansehen. Erklärt wird dies darüber, dass das „Problem nicht wahrgenommen werden will, weil es ja nun mal ähm wenn wir es wahrnehmen dann müssen wir natürlich auch ne Lösung irgendwie dafür“ (Interview Drachenfrucht, Z. 436–438) finden. Mit der Wahrnehmung der Proteste geht folglich das Wissen um die Lösungsbedürftigkeit der Klimakrise einher, weshalb diese bereits absichtsvoll ignoriert werden.

Die Rolle von Politiker*innen erscheint dabei zunächst widersprüchlich: Politik soll einen Wandel erzwingen, gleichzeitig werden aber auch generalisiert Politiker*innen als Teil eines Nicht-Wandels erlebt. Der prinzipielle Handlungsraum, der der Politik zugeschrieben wird, wird von politischen Mandatsträger*innen, insbesondere der (Bundes-)Regierung als gesetzgebende Mehrheit des Parlaments, nach Ansicht der Teilnehmenden, nicht ausgenutzt. Dass sich aus ihrer Perspektive kaum politische Lösungen herauskristalisieren, die auch tatsächlich umgesetzt werden, wird über einen fehlenden Veränderungswillen erklärt, der sowohl auf das biologische Alter politischer Akteur*innen und die damit fehlende Themenrelevanz bezogen wird, als auch über den Einfluss der Wirtschaft bzw. wirtschaftlicher Akteur*innen auf politische Entscheidungen.

Die an die Politik herangetragenen Forderungen betreffen den gesamten Konsum(-prozess) bzw. die entsprechenden unternehmensseitigen Herstellungsprozesse: Vergünstigung von Bahnfahrten, Einführung einer CO₂-Steuer, Verschärfung der Tierschutzgesetze, Kohleausstieg, Verbot von Plastiktüten und vieles mehr. Die Formulierung innerhalb der Bewegung geteilter konkreter Maßnahmen gestaltet sich dabei schwierig, da die Teilnehmenden der Proteste unterschiedliche Lösungswege und -ansätze präferieren. Als gemeinsam geteilte Ziele sind lediglich die Forderungen zu nennen, die von *Fridays for Future* gemeinsam mit Wissenschaftler*innen erarbeitet wurden.⁵ Die Protestierenden fordern, wenn auch den nationalen Zielen nachgelagert, die Lokalpolitik dazu auf, klimaschonende Handlungsalternativen zu schaffen. Es wird also jede (staats-)politische Ebene adressiert, wobei auf kommunaler Ebene den Ortsgruppen eine entscheidende Rolle zukommt, da diese relativ autonom agieren und beispielsweise unter Beteiligung von Bürger*innen Forderungskataloge ausarbeiten können, die zu Veränderungen in Stadt und Kommune führen sollen.

Die Perspektive *auf* und Adressierung *von* politischen Akteur*innen ist jedoch keineswegs unumstritten. So zeigt sich auch ein Teilnehmendentypus, der nicht vordergründig politische Lösungen adressiert, sondern einen stärkeren Fokus auf das Individuum und sein Alltagshandeln legt. Entscheidend hierfür ist die wahrgenommene Untätigkeit politischer Akteur*innen, die durch deren starke und sich nur langsam wandelbaren Verflechtungen mit unterschiedlichen (Gesellschafts-)Feldern erklärt wird. Demgegenüber können einzelne Personen ihr Handeln schneller umstellen. Dem liegt die Annahme zu Grunde, dass Individuen lediglich Möglichkeiten der Änderung des Alltagshandelns dargelegt und der damit verbundene Beitrag zur Sicherung einer lebenswerten Zukunft bewusst gemacht werden muss. Daher richten sich die Demonstrationen auch explizit darauf, jede/n Einzelne/n zu adressieren, auf die drohende Klimakrise hinzuweisen und zur Reflexion des eigenen Handelns anzuregen. Dies betrifft in den Interviewdaten exemplarisch die Felder Mobilität (geringere Nutzung des PKW), Müllhandeln (beispielsweise die Nutzung von Glas- statt Plastikflaschen), elektrischer Energie-

⁵ Die Globalforderungen betreffen für Deutschland den Kohleausstieg bis 2030, eine vollständige Energieversorgung mittels erneuerbarer Energien bis 2035, sowie die Erreichung einer Nettonull bis 2035. Diese werden durch Sofortforderungen ergänzt, zu denen u.a. die Einführung einer CO₂-Steuer gehört (Homepage *Fridays for Future*).

verbrauch, Kleidung und Fleischkonsum (bzw. ganz allgemein Konsum). Bei der Anpassung der Handlungen aufgrund des gestiegenen Bewusstseins der eigenen Wirkmöglichkeiten setzt dieser Teilnehmendentypus, statt auf Reglementierungen, verstärkt auf die Kraft gesellschaftlicher Trends. Die bedeutsame Rolle politischer Maßnahmen insgesamt wird dennoch, beispielsweise in der Forderung des Kohleausstiegs, aufrechterhalten.

Konklusion

Die Teilnehmenden verstehen ihre eigene Existenz bzw. die dazu benötigten Lebensgrundlagen als bedroht, gleichzeitig wird diese Bedrohungslage als abwendbar wahrgenommen. Die Mitgestaltung der eigenen Zukunft, erwachsend aus einem Spannungsfeld von prinzipiellen Handlungsoptionen *hier* und fehlendem Tun, im Besonderen bezogen auf politische Akteur*innen, *dort*, sind zentrale Gründe dafür, „hier“ und „laut“ zu sein. Die Adressierung der Lösungskompetenz wurde dabei in zwei Typen (vordergründige Adressierung politischer Akteur*innen und von Alltagsakteur*innen) unterschieden. Diese Unterscheidung stellt hinsichtlich der Deutung als auch der Adressierung der Proteste eine Ergänzung zum bisherigen Forschungsstand dar, in dem die individuellen Handlungs(dispositions)änderungen als auch politische und strukturelle Maßnahmen thematisiert (vgl. hierzu auch Sommer et al. 2019, S. 15, 17f.), jedoch kaum hinsichtlich der jeweiligen Relevanz, ihrer Verflechtung und der (zu erwartenden) Umsetzbarkeit aus Teilnehmendenperspektive betrachtet wurden. In dem *working paper* des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung zeigt sich in diesem Zusammenhang, dass insbesondere einer freiwilligen Veränderung des Lebensstils, aber weniger der Regierung und der Wirtschaft Lösungskompetenz zugeschrieben wird (vgl. Sommer et al. 2019, S. 17). Die in der Studie genutzte Formulierung der „freiwilligen Änderung“ verdeckt möglicherweise den Blick darauf, dass Politik (bzw. politische Mandatsträger*innen) insbesondere für die Personen Handlungsanreize und -regeln schaffen soll, die Umwelt- und Klimaaspekte nicht von sich aus priorisieren und diese somit letztlich zu einer Änderung ‚zwingt‘, wie es Teilnehmende während der Feldaufenthalte und der Datenerhebung formuliert haben. Gleichzeitig sollen finanzielle Hürden, z.B. die (relativen) Kosten von vegetarischen Ersatzprodukten, verringert werden, sodass Menschen, die bereit sind ihr Handeln an Klima- und Umweltfragen auszurichten auch die finanzielle Möglichkeit erhalten dies zu tun. Diese Doppeldeutung kondensiert in der Kategorie der *nachhaltigen Handlungs(dispositions)änderung*.

Im Zuge der Kategorisierung der Frage der ‚Schuld‘ an dem Klimawandel werden in der Studie des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung zwei Perspektiven herausgearbeitet: Eine, in der das individuelle Handeln vordergründig benannt wird, sowie eine, in der die Wirtschaft (bzw. Unternehmen) und Politik als verantwortlich erklärt werden (vgl. Sommer et al. 2019, S. 15f.). Die im Rahmen dieses Beitrags interpretativ in den Blick genommenen Daten verweisen auf eine lohnenswerte Trennung von Unternehmen und Politik in eine je eigene Kategorie. Fundiert werden kann dies in politischen Entscheidungen, die nicht primär durch ein durch die Teilnehmenden zugeschriebenes fehlerhaftes Handeln von Unternehmen begründet sind, wie dies etwa bei der Herstellung von Verbesserungen der Mobilitätsbedingungen von Radfahrenden der Fall ist.⁶

⁶ Hier verschwimmt die analytische Trennung zwischen Lösungsmöglichkeiten und der Frage der ‚Schuld‘. Interpretativ kann das Fehlen von entsprechenden Rahmenbedingungen als ein Teilaspekt der ‚Schuldfrage‘ und als Ausdruck fehlender Relevanz durch politische Akteur*innen verstanden werden.

Literatur

- Brunnengräber, Achim. 2013. Zwischen Pragmatismus und Radikalisierung. NGOs und soziale Bewegungen in der internationalen Klimapolitik. In *Die internationale Klimabewegung*, Hrsg. Heiko Garrelts und Matthias Dietz, 357–372. Wiesbaden: Springer VS.
- De Lucia, Vito. 2013. Die Klimagerechtigkeitsbewegung und der hegemoniale Diskurs über Technologie. In *Die internationale Klimabewegung*, Hrsg. Heiko Garrelts und Matthias Dietz, 107–134. Wiesbaden: Springer VS.
- de Moor, Joost, , Katrin Uba, Matthias Wahlström, Magnus Wennerhag, und Michiel De Vydt (Hrsg.). 2020. Protest for a future II: Composition, mobilization and motives of the participants in Fridays For Future climate protests on 20–27 September, 2019, in 19 cities around the world. Online verfügbar: <https://mfr.de-1.osf.io/render?url=https://osf.io/3hcxs/?direct%26mode=render%26action=download%26mode=render> (letzter Zugriff: 01.11.2020).
- Dietz, Matthias. 2013. Debatten und Konflikte in der Klimabewegung. In *Die internationale Klimabewegung*, Hrsg. Heiko Garrelts und Matthias Dietz, 391–412. Wiesbaden: Springer VS.
- Eisewicht, Paul. 2019. Zwischen Straßenbarrikade und Hashtagaktivismus. Thema Jugend. *Zeitschrift für Jugendschutz und Erziehung* 2:6–8
- Haunss, Sebastian, und Moritz Sommer (Hrsg.). 2020. *Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung*. Bielefeld: transcript.
- Haunss, Sebastian, Moritz Sommer, und Lisa Fritz. 2020. Fridays for Future. Konturen einer neuen Protestbewegung. In *Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung*, Hrsg. Sebastian Haunss und Moritz Sommer, 7–14. Bielefeld: transcript.
- Hitzler, Ronald. 1994. Wissen und Wesen des Experten: ein Annäherungsversuch – zur Einleitung. In *Expertenwissen: die institutionalisierte Kompetenz zur Konstruktion von Wirklichkeit*, Hrsg. Ronald Hitzler, Anne Honer und Christoph Maeder, 13–30. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Koos, Sebastian, und Franziska Lauth. 2019. Die Entwicklung und Zukunft der Fridays for Future-Bewegung: Ergebnisse von zwei Befragungen während der Fridays for Future-Demonstrationen in Konstanz am 24. Mai und 20. September 2019: Forschungsbericht. Online verfügbar: https://kops.uni-konstanz.de/bitstream/handle/123456789/47196/Koos_2-1vspkckwsvnogm8.pdf?sequence=1&isAllowed=y (letzter Zugriff: 04.01.2021).
- Koos, Sebastian, und Elias Naumann. 2019. Vom Klimastreik zur Klimapolitik. Die gesellschaftliche Unterstützung der „Fridays for Future“-Bewegung und ihrer Ziele. Forschungsbericht. Konstanz: Universität Konstanz. Online verfügbar: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:352-2-1jdetkrk6b9yl4> (letzter Zugriff: 04.01.2021).
- Koos, Sebastian. 2019. Klima-Aktivismus von jungen Menschen. Ergebnisse einer Befragung unter den Teilnehmenden am „Fridays for Future“-Schulstreik in Konstanz, 15. März 2019. Online verfügbar: https://www.polver.uni-konstanz.de/typo3temp/secure_downloads/96596/0/aea98c036fd3073fafb85752717186e3577bae14/Ergbnisse_FfF_Befragung_Konstanz.pdf (letzter Zugriff: 04.01.2021).
- Müller, Melanie. 2014. Nach der Klimakonferenz in Südafrika: Lokale Deutungen um Klimagerechtigkeit. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 27(3):53–61.
- Müller, Melanie. 2017. *Auswirkungen internationaler Konferenzen auf soziale Bewegungen. Das Fallbeispiel der Klimakonferenz in Südafrika*. Wiesbaden: Springer VS.
- Neuber, Michael, und Beth Gharrity Gardner. 2020. Germany. In *Protest for a future II: Composition, mobilization and motives of the participants in Fridays For Future climate protests on 20–27 September, 2019, in 19 cities around the world*, Hrsg. Joost de Moor, Katrin Uba, Matthias Wahlström, Magnus Wennerhag

- und Michiel De Vydt, 117–138. Online verfügbar: <https://mfr.de-1.osf.io/render?url=https://osf.io/3hcxs/?direct%26mode=render%26action=download%26mode=render> (letzter Zugriff: 01.11.2020).
- Pfadenhauer, Michaela. 2010. Kompetenz als Qualität sozialen Handelns. In *Soziologie der Kompetenz*, Hrsg. Thomas Kurtz und Michaela Pfadenhauer, 149–172. Wiesbaden: Springer VS.
- Rucht, Dieter, und Dieter Rink. 2020. Mobilisierungsprozesse von Fridays for Future. Ein Blick hinter die Kulissen. In *Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung*, Hrsg. Sebastian Haunss und Moritz Sommer, 95–114. Bielefeld: transcript.
- Scherer, Klaus-Jürgen. 1988. *Jugend und soziale Bewegung. Zur politischen Soziologie der bewegten Jugend in Deutschland*. Opladen: Leske+Budrich.
- Sommer, Moritz, Dieter Rucht, Sebastian Haunss, und Sabrina Zajak. 2019. Fridays for Future. Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung in Deutschland. Ipb working paper series 2/2019. Berlin: ipb. Online verfügbar: https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2019/08/ipb-working-paper_FFF_final_online.pdf (letzter Zugriff: 04.01.2021).
- Sommer, Moritz, Sebastian Haunss, Beth Gharrity Gardner, Michael Neuber, und Dieter Rucht. 2020. Wer demonstriert da? Ergebnisse von Befragungen bei Großprotesten von Fridays for Future in Deutschland im März und November 2019. In *Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung*, Hrsg. Sebastian Haunss und Moritz Sommer, 15–66. Bielefeld: transcript.
- Strauss, Anselm, und Juliet Corbin. 1996. *Grounded Theory: Grundlagen qualitativer Sozialforschung*. Weinheim: Psychologie Verlags Union.
- Tokar, Brian. 2013. Soziale Bewegungen für Klimagerechtigkeit weltweit und in den USA. In *Die internationale Klimabewegung*, Hrsg. Heiko Garrelts und Matthias Dietz, 205–226. Wiesbaden: Springer VS.
- Wahlström, Mattias, Piotr Kocyba, Michiel De Vydt, und Joost de Moor (Hrsg.). 2019. Protest for a future: Composition, mobilization and motives of the participants in Fridays For Future climate protests on 15 March, 2019 in 13 European cities. Online verfügbar: https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2019/07/20190709_Protest-for-a-future_GCS-Descriptive-Report.pdf (letzter Zugriff: 04.01.2021).

Webseiten

- Homepage Fridays for Future Deutschland. Online verfügbar: <https://fridaysforfuture.de/> (letzter Zugriff: 04.01.2021).